



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 126. Ratssitzung vom 18. Dezember 2024

4114. 2024/328

Weisung vom 03.07.2024:

Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau Sporthalle Seefeld, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

Für die Projektierung des Ersatzneubaus der Sporthalle Seefeld werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 3 000 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Liv Mahrer (SP): Die Sporthalle Seefeld und die Schulanlage Riesbach liegen im Einzugsgebiet des Gemeinschaftszentrums (GZ) Riesbach und der Schulanlage Kartaus-Münchhalde. Das Erweiterungspotenzial der Schulanlage Münchhalde ist nach der Erweiterung des Klassenpotenzials ausgeschöpft. Die Schulanlage Neumünster ist die strategische Reserve für eine Schulschwimmanlage und weist komplexe Rahmenbedingungen auf, so zum Beispiel ihren Unterterrainanteil. Im GZ Riesbach ist das Erweiterungspotenzial ebenfalls ausgeschöpft. Im Projekt wurden verschiedene Rahmenbedingungen berücksichtigt. Primär soll eine zusätzliche Sporthalle für den Schul- und Individualsport für Vereine unter Einhaltung der Normen des Bundesamts für Sport (BASPO) entstehen. Weiter braucht es einen Mehrzwecksaal und einen Musikraum. Zudem muss auf ein bestehendes Schulhaus Rücksicht genommen und die Gebäudehöhe auf die Höhe von dessen Dachrinne reduziert werden. Es braucht eine Koordination mit der Instandsetzung der Schulanlage Münchhalde. Wirtschaftlich sollen die Zielkosten eingehalten werden. Umwelttechnisch soll im Aussenraum ein Beitrag zur Hitzeminderung durch Stadtbäume und Biodiversität entstehen. Der Baumbestand soll möglichst erhalten und der Kronenanteil um mindestens fünf Prozent erweitert werden. Die grosse Platane und Rochbuche im nordöstlichen Teil des Areals sind auf jeden Fall zu erhalten. Allgemeine Gründe für die Entwicklung des Einzugsgebiets Riesbach und das Wachstum im Schulkreis sind die Zunahme der Gesamtbevölkerung, der Geburtenrate in den vergangenen Jahren und die Zuzüge von Familien mit schulpflichtigen Kindern. Die erwartete Entwicklung im Einzugsgebiet der Schule Riesbach zeigt weitgehend konstante bis leicht sinkende Zahlen. Erst gegen Ende des Prognosehorizonts zeichnet sich ein minimaler Anstieg ab. Dementsprechend sollen die notwendigen zwölf Klassen und vier Kindergärten weiterhin in den beiden Schulhäusern Mühlebach und Seefeld mit je sechs Klassen und zwei Kindergärten geführt werden. Im Gesamtkontext der Schule Riesbach



besteht der Bedarf nach einer Erweiterung des Schulhauses Seefeld mit ausreichenden Betreuungsflächen sowie Mahlzeitenkapazitäten für die Mittelstufenschüler*innen für beide Schulhäuser Seefeld und Mühlebach. Weiter sollen zwei Büroräume, je einer für die Leitung Betreuung und die Schulsozialarbeit, ein Therapieraum für die Logopädie, Ergänzungen im Teambereich, die auch als Gruppenräume genutzt werden können, ein Mehrzwecksaal u. a. für die musikalische Grundausbildung sowie zwei Musikunterrichtsräume entstehen. Durch die Erweiterung kann eine neue Schulbibliothek im Mehrzweckraum eingerichtet werden. Die Kapazität der Sporthalle wird primär für den obligatorischen Sportunterricht der Volksschule sowie den Sportunterricht von Privat- und Kantonsschulen und das Angebot des freiwilligen Schulsports und der Betreuung benötigt. Weiter dient die Sporthalle zu den ausserschulischen Betriebszeiten, den lokalen Sportvereinen und der Quartierbevölkerung. Um diesem Bedarf gerecht werden zu können, braucht es am Standort Seefeld zwei Sporthallen. Die Projektentwicklung zeigt als Ausgangslage ein altes Primarschulhaus aus dem Jahr 1851 an der Seefeldstrasse, das als Baudenkmal im Inventar der kommunalen Denkmalpflege und im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung der Schweiz (ISOS) als Schutzziel A definiert ist. Der als Gartendenkmal inventarisierte Teil des Schulareals liegt hauptsächlich im Südwesten an der Giebelseite des Altbaus. Die Baumallee und die alte Halle zur Wildbachstrasse auf der Rückseite des alten Schulhauses wurden mit dem Bau der heute bestehenden Halle im Jahr 1974 zerstört. Eine Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des bestehenden Gebäudes mittels Aufstockung zeigt aufgrund des schlechten Zustands der Gebäudehülle sowie der Installationen eine hohe Eingriffsrate. Die Tragstruktur müsste ertüchtigt werden. Die alte Halle wäre zu klein und nur eine neue könnte nach Norm des BASPO realisiert werden. Weiter könnte die schützenswerte Platane nicht erhalten werden und die Tagesbetreuung auf der Ebene des Aussenraums wäre durch den zwingenden Abstand vom Baudenkmal und die Lage der bestehenden Halle nicht möglich. Die Machbarkeitsstudie für einen Ersatzneubau und damit den Abbruch des Bestands zeigt auf, dass der notwendige Flächenbedarf gedeckt und ein Teil des Raumprogramms unter Terrain angeordnet werden könnte. Beide Hallen entsprechen der Norm des BASPO und die schützenswerte Platane könnte erhalten werden. Die Kinderbetreuung und der Mehrzweckraum auf der Ebene des Aussenraums sind möglich, weiter die Nutzung der Dachfläche des Ersatzneubaus als Pausenplatz. Die Sachkommission ist sich bei dieser Vorlage sehr uneinig. SP und GLP unterstützen die Weisung. Die Grünen stellen einen Rückweisungsantrag, der bloss eine Einfachsporthalle und dafür mehr Platz für die Betreuung und Verpflegung fordert. Die FDP stellt einen gleich gerichteten Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, den Projektkredit um 15 Prozent zu senken. Beide Rückweisungsanträge fanden in der Kommission keine Mehrheit. Die Grünen, die FDP sowie die SVP, die den Rückweisungsantrag der FDP unterstützt, gingen deshalb in Ablehnung. Die AL lehnt die Vorlage als solche ab. Durch verschiedene Abwesenheiten und einen Stichentscheid der Präsidentin ist dennoch eine Mehrheit der Sachkommission für die Zustimmung zur Weisung.



Kommissionsminderheit 1 Rückweisungsanträge / Kommissionsminderheit
Schlussabstimmung:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Stadt gab in den letzten 15 Jahren eine Milliarde für Schulbauten aus. Bei Schulhausneubauten und -ergänzungen werden oft vier bis fünf Millionen Franken pro Klasse ausgegeben, während in den umliegenden Gemeinden mit denselben Richtlinien für zwei bis drei Millionen Franken pro Klasse viel günstiger gebaut wird. Die Stadt begründet ihre goldenen Schlösser mit komplizierten Berechnungen und blendet alles, was nicht mit Klassenzimmern im Zusammenhang steht, aus. Schlussendlich zahlt der Steuerzahler jedoch alles. Im vorliegenden Projekt soll eine Doppelsporthalle mit zusätzlichen Räumlichkeiten für 33 Millionen Franken gebaut werden. In einer angrenzenden Gemeinde wird eine Dreifachhalle mit Schulzimmern und sämtlichen Zusatzräumen für 27 Millionen Franken errichtet. Es geht also günstiger. Unser Antrag verlangt eine Einsparung von 15 Prozent, also nicht einmal fünf Millionen Franken. Dies ist durchaus zumutbar, weshalb wir diesen Rückweisungsantrag stellen.

Kommissionsminderheit 2 Rückweisungsanträge:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Grünen lehnen das Projekt für den Ersatzneubau der Sporthalle Seefeld aus zwei Gründen ab. Erstens wird der Bedarf an Räumlichkeiten für Verpflegung und Betreuung durch das Projekt nicht erfüllt. Trotz der geplanten Zusatzräume reicht die Kapazität für die Verpflegung aller Schülerinnen und Schüler nicht aus. Die Kindergarten- und Unterstufenklassen der Schule Seefeld müssten auch in Zukunft extern verpflegt werden. Aus unserer Sicht ist dies ein gravierender Mangel des Projekts. Weiter ist der Bedarf an zwei Sporthallen auf dem Schulareal nicht ausgewiesen. An der Schule Seefeld werden sechs Primarklassen und zwei Kindergartenklassen geführt. Mehr Klassen können im relativ kleinen, denkmalgeschützten Schulhaus in Zukunft nicht eröffnet werden. Auf der benachbarten Schulanlage Mühlebach können nach der laufenden Instandsetzung und Erweiterung des Schulhauses und der Sporthalle ebenfalls nur sechs Primarklassen und zwei Kindergartenklassen geführt werden. Die Regel des BASPO lautet: Pro zehn Primarklassen ist eine Einfachsporthalle nötig. Der Sportunterricht im Kindergarten ist darin berücksichtigt. Der Bedarf an Sporthallen ist durch je eine Einfachsporthalle auf den Schulanlagen mit Reserve erfüllt. Auch die anderen Schulen im Quartier Riesbach, Kartaus und Münchhalde, verfügen über genügend Kapazität an Sporthallen: zwei Einfachsporthallen bei insgesamt 15 Primarklassen. Somit sind diese Sporthallen durch die Volksschule nicht voll belegt. Alle aufgezählten Sporthallen werden während der schulischen Betriebszeiten auch an Privatschulen vermietet. Umso mehr würde die zusätzlich geplante Sporthalle ausschliesslich den Bedarf ebendieser abdecken. Wollen wir, dass die Stadt Zürich Sporthallen für Privatschulen baut und diese zu einem Spottpreis von 14 Franken pro Stunde vermietet? Die Privatschulen in Riesbach verfügen zudem über einen hohen Anteil an Schüler*innen, die ausserhalb der Stadt wohnen. Dies alles stört uns Grüne. Selbstverständlich sollen städtische Sporthallen ausserhalb der schulischen Betriebszeiten für städtische



Vereine und weitere gemeinnützige Organisationen kostengünstig zur Verfügung stehen. Fazit: Eine zusätzliche Sporthalle ist im Seefeld nicht nötig, ein paar zusätzliche Räume für die Verpflegung und Betreuung hingegen schon. Ein modifiziertes Projekt würde weniger Raum beanspruchen und viel CO₂ einsparen, da kein Aushub für eine unterirdische Sporthalle nötig wäre. In diesem Sinn soll das vorliegende Projekt aufgrund unserer motivierten Rückweisung überarbeitet werden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Die GLP stimmt der Weisung zu und lehnt die beiden Rückweisungsanträge ab. Die Minderheit 2 will auf eine Sporthalle verzichten, weil es genügend Raum anderswo gibt. Sie stört sich an der Nutzung durch Privatschulen. Vor dem Hintergrund, dass wir im Gemeinderat immer wieder darüber diskutieren, wo noch ein weiterer flächenintensiver und einseitig nutzbarer Fussballplatz möglich wäre, möchten wir keine Sporthallen bekämpfen, die die Attraktivität des Hallensports steigern können. In einer wachsenden und dichter werdenden Stadt erachten wir Sporthallen unabhängig vom Fussballproblem nicht nur für den Schulsport als elementar wichtig, sondern sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Freizeitangebot im Quartier. Eine qualitätsvolle Innenverdichtung sollte auf Synergien setzen. Es ist sicherlich nicht sinnvoll, wenn alle ihre eigenen Sporthallen bauen. Wir stören uns deshalb nicht daran, dass voraussichtlich acht Prozent der Kapazität von Privatschulen genutzt werden sollen. Die Kritik, dass auch Schülerinnen und Schüler von ausserhalb die Hallen nutzen, finden wir kleinlich. Den Rückweisungsantrag der Minderheit 1 haben wir ebenfalls in Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung beurteilt. Auch wenn wir den Wunsch nach Kostenreduktionen verstehen, finden wir das zum Vergleich herangezogene Beispiel nicht aussagekräftig. Es handelt sich bei diesem Projekt nicht um einen Bau auf der grünen Wiese. Auf der kleinen Parzelle, die einen Bau im Untergrund notwendig macht, und mit nicht einfachen denkmalpflegerischen Rahmenbedingungen und zwei alten Bäumen, die zum guten Glück geschützt werden können, handelt es sich nicht um einen Standardbau. Die Kosten scheinen deshalb nachvollzieh- und vertretbar. In diesem Sinn stimmen wir der Weisung für eine vielseitig nutzbare Infrastruktur gerne zu.*

Stefan Urech (SVP): *Die Weisung bereitete bereits der Kommission eine wilde Achterbahnfahrt. Bis kurz vor dem Showdown hier im Saal konnte man sich noch vorstellen, der Schulhausbau werde an den Absender retourniert. Einmal mehr wird nun auf Druck des Stadtrats ein Bau angenommen, obwohl der Rückweisungsantrag der FDP zumindest uns überzeugen konnte. Den Rückweisungsantrag der Grünen beurteilen wir natürlich ganz anders. Wir werden wohl unheilige Allianzen eingehen müssen, damit eine solche Rückweisung einmal vonstatten gehen kann. 15 Prozent könnten bei fast allen Schulhäusern eingespart werden. Wie bleiben bei der Rückweisung der Minderheit 1.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Der Bedarf an zwei Sporthallen wurde klar ausgewiesen. Sporthallen sind in der Stadt extrem knapp. Viele Vereine wissen nicht, wo sie trainieren sollen. Der Antrag der Minderheit 2 torpediert das Sportbedürfnis unserer Schülerinnen*



und Schüler in ihrer Freizeit und den Bedarf von Privatschulen. Privatschulen unterrichten Schülerinnen und Schüler der Stadt Zürich. Sie entlasten unser integratives Schulsystem. Ohne Privatschulen wäre dieses noch weniger tragbar. Den Antrag der Grünen lehnt die FDP vehement ab. Von unserem Antrag, 15 Prozent einzusparen, sind wir weiter überzeugt. Bei Ablehnung des Gesamtprojekts würden leider beide Rückweisungsanträge im Raum stehen. Wir möchten uns vom Rückweisungsantrag der Minderheit 2 distanzieren, weshalb wir das viel zu teure Projekt dennoch nicht ablehnen werden.

Urs Riklin (Grüne): Das Votum der FDP hört sich an, als hätte die Schallplatte einen Sprung. Sie findet, die Stadt Zürich baue zu teure Schulhausinfrastruktur. Zu den herangezogenen Vergleichsbeispielen fehlen meist Informationen. In der Kommission konnten verschiedene Vergleichsrechnungen eingesehen werden, die zeigen, dass die Stadt Zürich im Verhältnis zu anderen Gemeinden nicht teurer baut. Da in der Stadt Zürich meist im Bestand gebaut wird, führt das zu Mehrkosten. Der kantonale Parteipräsident der FDP, Filippo Leutenegger, beschliesst offenbar ein Programm, das günstigere Schulhausinfrastruktur fordert, obwohl die Standards vom Kanton vorgegeben und von der Stadt Zürich umgesetzt werden. Gleichzeitig kann STR Filippo Leutenegger als Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (SSD) nicht erklären, weshalb dies so viel kostet.

Sophie Blaser (AL): Mit der vorliegenden Weisung beantragt der Stadtrat die Subventionierung von Privatschulen durch die Hintertüre. Gemäss übergeordnetem Recht müssen wir gewisse Sachen allen schulpflichtigen Kindern der Stadt Zürich zur Verfügung stellen, so beispielsweise Logopädie, Psychomotoriktherapie und Zugang zum Schulpsychologischen Dienst. Nicht dazu gehört Infrastruktur für Privatschulen. Die Sporthalle Seefeld wird zwar nur zu einem Teil von Privatschulen genutzt, im selben Quartier befindet sich jedoch die Sporthalle Riesbach, die während der Schulzeit ausschliesslich von Privatschulen genutzt wird. Es hat nichts mit Sportfeindlichkeit zu tun, wie Yasmine Bourgeois (FDP) meinte. Während der Schulzeiten haben die meisten Vereine kein Interesse an Sporthallen. Im Rahmen der Budgetberatung und dieser Weisung in der Kommission haben wir nach den Mietkosten für die Privatschulen gefragt. Erst hiess es, sie würden gemäss Gebührenordnung nichts zahlen. In der zweiten Runde wurde geantwortet, in fünf von sieben Schulkreisen seien sie zu 70 Prozent von Gebühren befreit und würden noch 14.90 Franken pro Wochenlektion zahlen. In der dritten Runde wurde ausgesagt, es gebe eine Gleichbehandlung; in allen Schulkreisen seien sie von 70 Prozent der Gebühren befreit, allerdings gebe es in zwei Kreisen keine Nutzung durch Privatschulen. Auf die Frage, ob diese Beiträge Unterhalt und Reinigung deckten, konnte nicht geantwortet werden. Es gibt also keinen Bedarf für eine neue Sporthalle im Quartier. Woher die Privatschüler*innen kommen, ist durchaus relevant, denn in der Gebührenordnung geht es genau um diese Frage. Der Positionswechsel der FDP überrascht: Das Projekt ist ihnen zu teuer und dennoch stimmen sie zu. Wie sie von diesem Rückwärtssalto überzeugt werden konnten, wissen wir nicht.



Stefan Urech (SVP): *Wir teilen den Groll gegen die Privatschulen nicht. Sie sind für viele Menschen in dieser Stadt ein Zufluchtsort, wenn sie genug von eurem Volksschulsystem haben. Ihre Schülerzahlen steigen, weil viele Eltern genug von der Nivellierung nach unten und der Durchmischung von Sonder- und Regelschülern in den öffentlichen Schulen haben. Die 14 Franken Turnhallenmiete pro Stunde seien ein Schleuderpreis. Dies entspricht drei Mittagessen und sechs Stunden Betreuung in euren Tagesschulen.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Ich bin erstaunt über den Rückwärtssalto der FDP. Wir Grünen bleiben bei unserer klaren Haltung. Zwei Falschaussagen möchte ich korrigieren. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern an Privatschulen lag in den letzten zehn Jahren auf der Primarstufe in der Stadt Zürich konstant bei zehn Prozent. Von einer Abwanderung von der Volks- zur Privatschule kann also nicht gesprochen werden. Weiter bringen Privatschulen eine Bildungsungerechtigkeit mit sich. Eine Privatschule kostet durchschnittlich 24 000 Franken pro Jahr. Dies können sich nicht alle Eltern leisten.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die Fraktion Die Mitte/EVP sieht, dass in der Stadt Zürich die Tendenz besteht, immer etwas teurer zu bauen als in umliegenden Gemeinden. Bei diesem Projekt sehen wir die Kosten jedoch gut begründet. Den Rückweisungsantrag der FDP werden wir deshalb ablehnen. Beim Rückweisungsantrag der Grünen scheint es uns weniger um die zusätzlichen Betreuungsräume als vielmehr um die als böse empfundenen Privatschulen zu gehen. Es gibt tatsächlich nicht immer mehr Schüler, die Privatschulen besuchen. Es kann jedoch gute Gründe dafür geben, dass Eltern ihre Kinder auf ebensolche schicken. Wir sehen die Stadt Zürich nicht in der Pflicht, Raum für diese zu schaffen. Wir haben jedoch nicht den Eindruck erhalten, dass dies Sinn und Zweck dieses Baus wäre. Dass die für die Volksschule geplante Sportinfrastruktur zusätzlich von Privaten genutzt werden kann, sehen wir als Gewinn. Wir haben in der Stadt Zürich allgemein zu wenig Sportflächen, auch im Seefeld. Es gibt Vereine, die auch tagsüber Sporthallen nutzen möchten. Auch den Rückweisungsantrag der Grünen lehnen wir deshalb ab. Wir stimmen der Weisung zu und sind überzeugt, dass damit ein gutes Projekt für die Schule und den Sport geplant wird.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die von Balz Bürgisser (Grüne) erwähnte Bildungsungerechtigkeit entsteht durch eure integrative Schule, die nach unten nivelliert. Vermögende Eltern schicken ihre Kinder auf Privatschulen. Das ist ungerecht, weil andere nicht die Möglichkeit haben, der Volksschule zu entfliehen. Macht ihr so weiter, wird dies immer schlimmer und ungerechter. Eure Ablehnung von Privatschulen, die einen wichtigen Beitrag leisten, ist diskriminierend. Urs Riklin (Grüne) sagte, unser Votum höre sich nach einem Sprung in der Schallplatte an. Das ist gut so. Wir werden auch in Zukunft immer wieder dasselbe sagen, denn die Schulbauten sind schlicht zu teuer. Die Grünen haben genauso einen Sprung in der Schallplatte, wenn sie bei jedem Schulhausbau Parkplätze streichen wollen. Wir wollen keine Diskriminierung von Privatschulen und keine Benachteiligung von Sportvereinen, weshalb wir dem Projekt zähneknirschend zustimmen.*



Sophie Blaser (AL): Es geht um keine Bildungsdebatte, sondern darum, dass die Stadt Zürich Raum baut, für den wir keinen Auftrag haben und den wir nicht brauchen. Ich hege keinen Groll gegen Privatschulen. Wenn Eltern ihre Kinder auf Privatschulen schicken, weil diese in der Volksschule einen schwierigen Verlauf hatten, müssen wir das angehen. Genauso hingesehen werden muss in den Fällen, wo sich Eltern einen Wechsel nicht leisten können. Daraus ergibt sich aber kein Anspruch darauf, dass wir Sporthallen für Privatschulen bauen. Es handelt sich mitnichten um eine Diskriminierung der Privatschulen, denn wir bauen ihnen auch keine anderen Räumlichkeiten. Weil Sportinfrastrukturen im Bundesgesetz verankert sind, sind Privatschulen allenfalls für ihren Betrieb auf deren Nutzung angewiesen. Sie könnten sich zusammenschliessen und Sporthallen bauen. Es gibt kein öffentliches Interesse an Privatschulen. Wir möchten aber keine Bildungsdebatte über Privatschulen anreissen, diese haben ihre Legitimation.

Maya Kägi Götz (SP): Die SP lehnt die Rückweisungsanträge ab und stimmt der Weisung zu. Generell hat Zürich kein Überangebot an Turnhallen. Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) führte treffend aus, dass es auch um Nachverdichtungsprozesse und einen antizipierten Bedarf geht. Wir bauen die Turnhalle nicht für Privatschulen. Dies ist eine Frage der Interpretation der vorgelegten Zahlen. Wenn wir mit den Tarifen für die Privatschulen nicht einverstanden sind, müssen wir dort ansetzen. Zur Bildungsgerechtigkeit schliesse ich mich Balz Bürgisser (Grüne) an: Privatschulen stehen privilegierten Menschen offen. Dass Privatschulen diskriminiert würden, kann ich nicht nachvollziehen.

Stefan Urech (SVP): Die Behauptung, Privatschulen stünden nur Ultrareichen zur Verfügung, stimmt nicht. Es gibt viele Menschen, die das Geld dafür zusammenkratzen und anderswo Abstriche machen, weil sie ihre Kinder auf Privatschulen schicken wollen oder ihre Kinder Bedürfnisse haben, denen die öffentliche Schule nicht gerecht wird.

Moritz Bögli (AL): Maya Kägi Götz (SP) sagte, wir bräuchten mehr Turnhallen. Im Seefeld haben wir jedoch eine Turnhalle, die komplett von einer Privatschule genutzt wird. Möchte man das geforderte Angebot schaffen, kann diese künftig der Volksschule zur Verfügung gestellt werden. Von Bildungsgerechtigkeit zu sprechen, ist ein Hohn, wenn Privatschulen subventioniert werden – denn dies tut die Vorlage des Stadtrats.

Rückweisungsanträge 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Rückweisungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung der Weisung an den Stadtrat mit dem Auftrag, das Projektbudget um 15 Prozent zu reduzieren.



Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung der Weisung an den Stadtrat mit dem Auftrag, einen Ersatzneubau mit nur einer Einfachsporthalle statt zwei Einfachsporthallen zu projektieren. Zudem sollen genügend Räume für Verpflegung und Betreuung eingeplant werden, so dass alle Schulkinder der Schulanlage Seefeld vor Ort verpflegt und betreut werden können.

Mehrheit: Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit 1: Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit 2: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium
Abwesend: Referat Minderheit 1: Yasmine Bourgeois (FDP); Sabine Koch (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	67 Stimmen
Antrag Minderheit 1	35 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>18 Stimmen</u>
Total	120 Stimmen
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Referat Minderheit: Yasmine Bourgeois (FDP); Sabine Koch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



9 / 9

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Projektierung des Ersatzneubaus der Sporthalle Seefeld werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 3 000 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Dezember 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. Februar 2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat